

NACHRICHTEN

Kürzere Wartezeit
für privat Versicherte

Berlin. Gesetzlich Versicherte warten bei akuten Beschwerden fünf Tage länger auf einen Arzttermin als bei den privaten Kassen versicherte Patienten. Laut einer Studie des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) bekommen Kassenpatienten nach acht Tagen, privat Versicherte hingegen schon nach drei Tagen einen Termin. Das teilte gestern der BKK-Vorstandschef Wolfgang Schmeinc bei der Vorstellung der Ergebnisse in Berlin mit. Auch ohne akute Beschwerden ist die Wartezeit für gesetzlich Versicherte deutlich länger: Mit 26 Tagen warten sie mehr als doppelt so lange wie privat Versicherte, die im Schnitt nach 12 Tagen kommen dürfen. (ddp)

Melderegister-Plan
stößt auf Widerstand

Berlin. Das von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplante zentrale Melderegister sorgt für Streit in der Großen Koalition. Die SPD könne nicht erkennen, „warum so etwas sein muss“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, der „taz“. Kritik kam auch von Justizministerin Brigitte Zypries. Das Bundesmelderegister soll Geld sparen helfen und Aussagen der Bevölkerungsstatistik verbessern. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar sagte dazu, ein Register, das alle Daten spiegeln würde – von der Steuernummer über die Religionszugehörigkeit bis zum Waffenschein –, sei völlig inakzeptabel. (ap)

Rom: Immunität
für hohe Politiker

Rom. In Italien sollen die vier ranghöchsten Politiker des Landes künftig während ihrer Amtszeit vor Strafverfolgung geschützt sein. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde gestern während einer Kabinettsitzung verabschiedet und dem Parlament zur Beschlussfassung zugesandt, wie Justizminister Angelino Alfano mitteilte. Da das Gesetz auch auf Ministerpräsident Silvio Berlusconi zutreffen würde, der sich in Mailand immer noch wegen Korruption vor Gericht verantworten muss, ist Kritik an dem Gesetz schon programmiert. (ap)

„Ich hatte größere Widerstände erwartet“

Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo: Positive Bilanz der Kreisreform – Bestätigung durch Urteile – „Heiße Phase“ der Umsetzung beginnt

Stichtag ist der 1. August: Sachsens größtes Nachwendereformwerk, die Neuordnung von Kreisen und Verwaltung, tritt dann in Kraft. Der Beharrlichkeit und Diplomatie von Albrecht Buttolo (CDU) ist die Durchsetzung des Vorhabens maßgeblich zuzuschreiben. Dass er die Kabinettsumbildung als Innenminister überstand, verdankt er auch einer vor ihm liegenden Aufgabe: der Umsetzung der Reform.

VON HUBERT KEMPER

Dresden. Die Zwischenbilanz kurz vor Inkrafttreten der Kreisreform fällt positiv aus. „Ich hatte größere Widerstände erwartet“, räumt Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo ein und fügt mit einem Seitenhieb auf oppositionelle Querschüsse an: „Manchmal unterschätzen Politiker

die Vernunft der Bürger.“ Aus dem Ergebnis der Kommunalwahlen und der klaren Mehrheit für die CDU leitet der Innenminister die Bestätigung ab: „Die Menschen registrieren die demografischen Veränderungen und schätzen es, wenn wir zukunftsfeste Strukturen schaffen.“

„Unbegründet und destruktiv“

Dazu passe die gestrige Abweisung der beiden Verfassungsklagen von Aue und Grimma gegen den Verlust des Kreissitzes. „Die Urteile bestätigen die gründliche Abwägung unserer Entscheidungen zugunsten von Annaberg und Borna“, sagt Buttolo. „Völlig unbegründet und ausschließlich destruktiv“ nennt er die pauschale Klage der Linkspartei. Er rechnet auch hier mit einer Abweisung, ebenso wie bei der Klage des Landrates Gerhard Gey zum Erhalt des Muldentalkreises. Sollte Gey gewinnen, hätte er ein Eigentor geschossen: Denn nach seinem Wahlsieg ist er Verwaltungschef des neu-

en Großkreises Leipzig.

Mit der gesetzlichen Wirksamkeit der neuen Kreiszuschnitte am 1. August wechseln insgesamt 4144 Mitarbeiter aus staatlichen Behörden ihren Arbeitgeber. Der Übergang zu Landkreisen und Kommunen beschert zahlreichen öffentlich Bediensteten längere Fahrzeiten, aber keine finanziellen Einbußen. Gegen die Versetzung wehren sich 90 Angestellte und Beamte. „Eine vergleichsweise kleine Zahl“, kommentiert Buttolo. So würden von den 600 Mitarbeitern der insgesamt 15 staatlichen Vermessungsämter nur zwölf nicht freiwillig bei ihrem neuen Arbeitgeber antreten.

Von den Veränderungen sind auch die drei Regierungspräsidien mit bisher 2039 Beschäftigten in Chemnitz, Dresden und Leipzig betroffen. Unter dem neuen Namen „Landesdirektion“ schmilzt die Personalstärke auf 1531. Nicht betroffen ist der Bereich Gewerbeaufsicht. Die 75 Mitarbeiter in Chemnitz und



Innenminister Albrecht Buttolo.

–FOTO: SEYBOLD/PRESS/ARCHIV

in der Außenstelle Zwickau behalten ihre bisherigen Arbeitsplätze, doch wechselt die Dienstaufsicht zum Regierungspräsidium Dresden.

Als Signal für eine Konzentration von Aufgaben will Buttolo diesen Schritt nicht deuten. „Die Funktion einer Mittelbehörde hat sich in Sachsen bewährt“, wehrt er die Kritik an fehlendem Reform-Mut mit

einer kompletten Auflösung der Regierungspräsidien zurück.

Mit der Neuordnung von Zuständigkeiten steht auch die Informationstechnologie vor einer gewaltigen Herausforderung. Das sächsische Verwaltungsnetz, der so genannte „Info-Highway“ zwischen Ministerien und staatlicher Verwaltung und das kommunale Datenetz sollen zu einem neuen Netz mit größerer Bandbreite und schnellen Daten-Transportzeiten zusammengefasst werden. Ab 1. Oktober soll die Technik einsetzbar sein. „Das ist der Grundstock für eine automatisierte, also papierlose Datenverarbeitung“, stellt Buttolo die Vorteile auch für den Bürger heraus.

Die „heiße Phase“ der Reformumsetzung werden ab Dienstag die Spitzen der Kreise und kreisfreien Städte aktiv begleiten: Landräte und Oberbürgermeister sollen in wöchentlichen Runden ihre Erfahrungen austauschen und bei auftretenden Problemen sofort gegensteuern.

Nordkorea sprengt
Reaktor-Kühlturm

Als sichtbares Zeichen für den Abbau seines Atomprogramms hat Nordkorea gestern den Kühlturm des Reaktors Yongbyon gesprengt. Der 30 Meter hohe Turm brach unter einer Staubwolke zusammen. Das stalinistisch geführte Land hatte am Donnerstag in Peking detaillierte Informationen zu seinem Atomprogramm übergeben, woraufhin die USA eine Lockerung ihrer Handelssanktionen angekündigt. Allerdings würden die USA das Land weiter „genau beobachten“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice.

–FOTO: KYODO/REUTERS

US-Senat bewilligt
neue Kriegsgelder

Washington. Nach dem US-Repräsentantenhaus hat nun auch der US-Senat weiteren Milliarden-Ausgaben für die Kriege im Irak und in Afghanistan zugestimmt. Mit einer klaren Mehrheit von 92 zu sechs billigten die Senatoren ein Gesetz, das zusätzlich 162 Milliarden Dollar (etwa 104,5 Milliarden Euro) für die beiden Militäreinsätze bereitstellt. Damit ist die Finanzierung der US-Einsätze im Irak und Afghanistan bis Mitte 2009 gesichert, wenn bereits der Nachfolger von US-Präsident George W. Bush im Amt sein wird. In der vergangenen Woche hatte das Gesetz das Repräsentantenhaus mit 268 zu 115 Stimmen passiert. Präsident George W. Bush unterstützt das Gesetz. (afp)

Neuer Hickhack um die Pendlerpauschale

Staatssekretär verspricht Rückkehr zur Abrechnung ab 1. Kilometer – Regierungssprecher dementiert

Berlin. Die Bundesregierung plant trotz anderslautender Äußerungen aus dem Wirtschaftsministerium zum jetzigen Zeitpunkt keine Rückkehr zur Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer. Vizeregierungssprecher Thomas Steg sagte gestern in Berlin, es gebe keine neue Haltung der Bundesregierung. Die große Koalition hatte vereinbart, erst ein Urteil des Bundesverfassungsge-

richts zu dem Thema abzuwarten. Dennoch kündigte der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hartmut Schauerte (CDU), eine Rückkehr zur ab dem ersten Kilometer geltenden Pendlerpauschale noch vor der Bundestagswahl 2009 an. Allerdings werde die Pauschale kleiner sein.

Schauerte habe „als Einzelperson gewissermaßen seine politische

Überzeugung deutlich gemacht“, sagte Steg. Auch ein Sprecher von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sagte, es gebe keine Veranlassung, Änderungen zu planen. Dagegen sagte eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), der Minister unterstütze die CSU-Forderungen zu einer Rückkehr zur Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer. (afp)

Mugabe lässt sich bestätigen

Stichwahl um Präsidentschaft in Simbabwe ohne Gegenkandidat

Harare. Simbawes Präsident Robert Mugabe hat sich trotz internationaler Proteste im Amt bestätigen lassen. Nach dem Rückzug der Opposition fand der zweite Durchgang der Präsidentschaftswahl gestern ohne Gegenkandidaten statt. Aus Angst vor weiterer Gewalt gegen seine Anhänger ermunterte Oppositionschef Morgan Tsvangirai die 13 Millionen Bürger, bei Gefahr für Leib und Le-

ben trotz des Boykotts seiner Bewegung für Demokratischen Wandel zur Wahl zu gehen. „Riskiert euer Leben nicht“, erklärte er. „Der Sieg des Volkes mag sich verzögern, aber er wird kommen.“ Die Europäische Union verurteilte die Abstimmung als Täuschung. Die EU erkenne weder die Wahl noch deren Ergebnis als rechtmäßig an, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. (trr)

Russen entschieden: NVA marschiert nicht nach Prag

Internationale Forschergruppe legt im August neue Erkenntnisse zum „Prager Frühling“ vor – Manfred Wilke: USA verfolgten Linie der Nichteinmischung – „No action“ war Parole

Berlin. Das Jahr 1968 war ein europäisches Schicksalsjahr. Studentenproteste im Westen – für gesellschaftliche Veränderungen und gegen den Vietnam-Krieg der USA. In der DDR knüpften viele junge Menschen ihre Hoffnungen auf mehr Freiheit an den „Prager Frühling“. Die „Freie Presse“ fängt in einer Serie die Stimmung von damals ein. Hartmut Petersohn sprach mit dem Historiker Manfred Wilke über das aktuelle internationale Forschungsprojekt „Der Prager Frühling 1968“.

Freie Presse: In Ihren Forschungen haben Sie herausgefunden, dass die Initiative für die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ von der damaligen Ulbricht-Regierung in der DDR ausgegangen ist. Welche Belege haben Sie dafür?

Manfred Wilke: Walter Ulbricht hatte nicht die alleinige Initiative, sondern er handelte im Einklang mit der sowjetischen Führung. Der DDR-Botschafter in Prag, Peter Florin, war aber einer der ersten, der bereits am 10. März 1968 das Wort „Konterrevolution“ benutzte, um die tschechoslowakische Reformpolitik zu denunzieren. Dieses Schlüsselwort bestimmte auch die erste Stellungnahme des SED-Zentralkomitees und wurde vom sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew

und von Ulbricht benutzt, als sie am 23. März 1968 in Dresden den tschechischen Chef der Kommunistischen Partei Alexander Dubcek ultimativ aufforderten, die Konterrevolution niederzuschlagen, die Zensur in der Presse wieder einzuführen und das Machtmonopol der kommunistischen Partei zu restaurieren. An diesem Ziel haben SED und KPD festgehalten. Und als klar war, dass Dubcek sich dieser Forderung nicht beugte, entschied am 17. August 1968 das sowjetische Politbüro, den Militärs den Marschbefehl zu geben.

Freie Presse: Was hat die internationale Forschergruppe in dem Projekt „Prager Frühling“ an weiteren neuen Erkenntnissen herausgefunden?

Wilke: Ich möchte das in sechs Punkten zusammenfassen. Erstens: Die Entscheidung, die Prager Reformkommunisten zu stoppen, fiel in Moskau und Ost-Berlin viel früher als bislang angenommen. Zweitens begannen schon im April 1968 die militärischen Vorbereitungen zur Besetzung des Landes. Drittens hatten von den Ostblockführern Walter Ulbricht und der polnische Parteichef Wjatscheslaw Gomułka den größten Einfluss auf den sowjetischen Entscheidungsprozess. Viertens hat die amerikanische Politik entgegen den Behauptungen der SED-Propaganda, die Linie der Nichteinmischung in die Prager



Manfred Wilke.

–FOTO: JOHANNES EISELE/DDP

Vorgänge verfolgt. „No action“ hieß die Parole. Fünftens: Die positive westdeutsche Medienberichterstattung über den „Prager Frühling“ war für Ulbricht ein „psychologischer Krieg“. Sechstens hat die sowjetische Führung entschieden, dass die beiden mobilisierten NVA-Divisionen am 20. August 1968 nicht die Grenze überschritten.

Freie Presse: Auffällig ist die Härte, mit der das DDR-Regime besonders

gegen junge Leute vorging, die aus der Idee des „Prager Frühlings“ Hoffnung schöpften. Wie ist dieses unverhältnismäßige Vorgehen zu erklären?

Wilke: Die Träger der gesellschaftlichen Bewegung in der Tschechoslowakei waren Jugendliche, Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle. Bis auf die Journalisten kamen diejenigen, die gegen den Einmarsch in der DDR protestierten, ebenfalls aus diesen Berufs- und Altersgruppen. Das Strafrecht der DDR war ein politisches, und das Strafgesetzbuch enthielt genügend Paragraphen, um die von der SED gewollte Abschreckung durch harte Strafen rechtsförmig zu gestalten.

Freie Presse: In der Beitragsserie der „Freien Presse“ meldeten sich überraschend viele Leser zu Wort. Wie erklären Sie sich das aktuelle Interesse für das historische Ereignis „Prager Frühling“?

Wilke: In der DDR verbanden viele Menschen mit dem „Prager Frühling“ ihre Hoffnungen auf Veränderungen. Robert Havemann etwa begrüßte den „Prager Frühling“ als den gefundenen Weg, um den Stalinismus zu überwinden und Sozialismus und Demokratie zu verbinden. Wie schon der 17. Juni 1953 oder der Mauerbau, war auch die Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung eine Zäsur. Die Hoffnung auf Veränderungen wurde erneut enttäuscht und das eigene Leben verging. Dies ist die eine

Wurzel der Erinnerung. Die andere ist die friedliche Revolution im Herbst 1989 in der DDR. Sie hatte ihre Wurzel auch in diesem Frühling. 1968 wurde bewiesen, dass ein friedlicher Übergang von einer Diktatur zur Demokratie möglich und machbar ist.

Freie Presse: Einer unserer Leser glaubt zu wissen, dass, entgegen der aktuellen Geschichtsforschung, doch DDR-Soldaten, wenn auch nur in geringer Zahl, in die damalige CSSR einmarschierten. Gibt es Lücken in Ihren Forschungsergebnissen?

Wilke: Selbstverständlich gibt es noch Lücken, die Militäroperation der fünf Interventionsstaaten – Sowjetunion, DDR, Polen, Bulgarien, Ungarn – ist zusammenhängend noch nicht erforscht. Dies gilt auch für die geheimdienstlichen Aktionen von KGB und MfS. In unseren Bänden wird der politische Entscheidungsprozess in der Sowjetunion zum Einmarsch und dessen Abstimmung mit den „Bruderparteien“ dokumentiert und analysiert. Einen weiteren Schwerpunkt der Dokumentation bilden die Verhandlungsprotokolle zwischen der KPD und der tschechischen Parteiführung nach dem Einmarsch, die zum „Moskauer Diktat“ führten. Der Nichteinmarsch der NVA betrifft nur die beiden mobilisierten Divisionen. Dass einzelne Armeeangehörige in der CSSR waren, steht

dazu nicht im Widerspruch. Im ursprünglichen Operationsplan waren sogar sechs NVA-Divisionen vorgesehen, die in die CSSR einrücken sollten.

ZUR PERSON

Manfred Wilke

Der Soziologe und Historiker Manfred Wilke leitet den Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit war er Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sowie der Nachfolge-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“.

TERMINE

Über die Frage, ob der „Prager Frühling“ den späteren Zerfall des Sowjetimperiums bereits vorwegnahm, diskutiert am 3. Juli der SPIEGEL-Redakteur Michael Sontheimer mit dem Historiker Stefan Wille an der Technischen Universität Chemnitz. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Hörsaalgebäude, Reichenhainer Straße 90, Raum N 114. Der Eintritt ist frei.

Der Historiker Stefan Vogler berichtet am 10. Juli, 19 Uhr, in der Jagdschänkenstraße 52 (5. Etage), über seine Forschungen zu den Reaktionen 1968 im Bezirk Karl-Marx-Stadt auf den „Prager Frühling“. Mit dabei ist auch ein Zeitzeuge, der gegen den Einmarsch in die CSSR demonstrierte. @ www.freiepresse.de/pragerfruehling